

Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP 13 (Vorlage 200/2021) der Stadtverordnetenversammlung am 04.11.2021

Die FDP-Fraktion beantragt, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Beschlussfassung über die Neufassung der Kindertagesstätten- und –gebührenordnung wird bis zur Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2022 zurückgestellt. Der Magistrat wird beauftragt eine vergleichende Aufstellung der Gebühren in den umliegenden Kommunen sowie in Städten mit vergleichbarer Einwohnerzahl zu erarbeiten.

Darüber hinaus wird der Magistrat beauftragt für folgende Inhalte ein Konzept zu erarbeiten und Formulierungen in die Ordnung aufzunehmen:

- Sharing-Modell (tageweise Aufteilung der Plätze) für Kindergärten, Kinderkrippen, Kinderhorte, Betreuungsgruppen Grundschule einführen
- Volle Berücksichtigung bei Pflege von Familienangehörigen als Gleichstellung zur Berufstätigkeit als Kriterium bei der Verteilung der Ganztags-/Essensplätze